



## Informatik und Naturwissenschaften Lützerath

6.10.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen das Schulfach Informatik mit klassischen Naturwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe gleichstellen. Informatik werde in der Sekundarstufe I aller weiterführenden Schulformen bereits seit dem Schuljahr 2021/22 verpflichtend in den Jahrgangsstufen 5 und 6 unterrichtet, heißt es in einem entsprechenden Antrag ([17/15262](#)), über den die Abgeordneten beraten haben. In der Sekundarstufe II könne Informatik bislang aber nicht „als alleiniger Vertreter des mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufgabenfelds (neben der Pflichtbelegung Mathematik) belegt werden“ – anders als die Fächer Physik, Chemie und Biologie. Die Landesregierung solle sich im Rahmen der Kultusministerkonferenz für eine Änderung der „Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung“ einsetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen. Ein Änderungsantrag der Grünen-Fraktion ([17/15302](#)) wurde abgelehnt.

## Förderoffensive

6.10.2021 – Die Abgeordneten haben sich mit einem Antrag ([17/13403](#)) der SPD-Fraktion zu Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler befasst. Angesichts der Corona-Pandemie und dem damit einhergegangenen Unterrichtsausfall bestehe ein besonderer Bedarf für Kinder und Jugendliche mit Lernschwächen sowie aus sozial benachteiligten Familien. Die Landesregierung solle allen Schülerinnen und Schülern ein freiwilliges Förderangebot unterbreiten, um Lernrückstände aufzuholen. Wer die Mindestanforderungen in den Kernfächern nicht erreiche, solle Angebote im Umfang von zusätzlichen 80 Unterrichtsstunden in den Jahren 2021 und 2022 erhalten. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Neben der SPD stimmte die Grünen-Fraktion dafür.

6.10.2021 – Die Grünen-Fraktion fordert von der Landesregierung einen Erhalt der Ortschaft Lützerath am Braunkohletagebau Garzweiler. Sie gehöre zum zweiten Umsiedlungsabschnitt und solle nach den Plänen des Energiekonzerns RWE Ende 2022 dem Braunkohleabbau weichen, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([17/15253](#)). Sogar Daten der Bundesregierung zeigten, dass der Kohleausstieg wegen verschärfter Klimaziele bereits 2030 umgesetzt werden müsse. Das Festhalten an weiteren Umsiedlungen von Ortschaften sei „vor diesem Hintergrund vollkommen absurd“. Die Landesregierung müsse zudem verhindern, dass in Lützerath „weiter Fakten geschaffen werden, bevor über anhängige Klagen rechtskräftig geurteilt“ worden sei. Demnach klage ein Landwirt gegen seine Enteignung. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD enthielt sich.

## Warnhinweise

6.10.2021 – Nach der Unwetterkatastrophe von Juli fordern die Fraktionen von CDU und FDP, künftig Warnhinweise stärker über die Lokalradios zu verbreiten. Sie verweisen in ihrem Antrag ([17/15215](#)) auf ein Beispiel aus dem Kreis Steinfurt, wo sich die Kreisleitstelle bereits seit 2005 unmittelbar ins Programm des Lokalsenders einschalten könne, um bei einer Gefahrenlage aktuelle Warn- und Verhaltenshinweise zu geben. Dies sei auch möglich, wenn die Redaktion beispielsweise nachts nicht besetzt sei. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. zu einer Klärung auf, inwieweit Lokalstationen bereits heute Teil der Katastrophenpläne in den Kommunen seien. Zudem müssten technische Möglichkeiten für direkte Schaltmöglichkeiten in die Lokalprogramme geprüft werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD angenommen. SPD und Grüne enthielten sich. Ein Entschließungsantrag der SPD ([17/15304](#)) wurde abgelehnt.

## Atomwirtschaft

6.10.2021 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der Grünen-Fraktion („Die Atomwirtschaft in NRW: Bedeutung und Aktivitäten“, [17/12509](#)) und die Antwort der Landesregierung ([17/14380](#)) debattiert. Obwohl in NRW seit mehr als 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr in Betrieb sei, müsse man mit den „Hinterlassenschaften“ umgehen, so die Grünen. Die Fraktion hatte u. a. nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Atomwirtschaft sowie nach Produktion und Vertrieb von angereichertem Uran gefragt. Weitere Themenkomplexe der Großen Anfrage waren die Lagerung von Atommüll in Nordrhein-Westfalen, Atomtransporte durchs Land, Atomexporte nach Russland und in andere Staaten. Insgesamt hatten die Grünen 188 Einzelfragen gestellt. Die Antwort der Landesregierung umfasst rund 100 Seiten. Federführend war das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Sieben weitere Ministerien seien beteiligt gewesen.

## Kreislaufwirtschaft

6.10.2021 – Die SPD-Fraktion fordert ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik: Der weltweite Rohstoffverbrauch habe sich zwischen 1970 und 2017 beinahe verdreifacht, schreibt die Fraktion in einem im Plenum eingebrachten Antrag ([17/15255](#)). „Ein Leben innerhalb der planetarischen Grenzen wird ohne den Übergang zur Kreislaufwirtschaft daher nicht möglich sein.“ Der zentrale Ansatz, mit dem der Umgang mit Roh- und Werkstoffen gestaltet werden müsse, heiße „zirkuläre Wertschöpfung“. Materialien würden dabei „durch ein durchdachtes Design, Management und technologische Innovation so genutzt, dass Abfälle möglichst vermieden und Stoffe aus Gütern nach deren Nutzung wieder verwendet werden“. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, eine Rohstoffstrategie für Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten, „in der klare



Foto: Schäfer

Zielsetzungen und wirksame Instrumente für eine nachhaltige, wo möglich zirkuläre Rohstoffbewirtschaftung aufgezeigt werden“. Nötig sei ein „Masterplan zirkuläre Wirtschaft“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (federführend) überwiesen.

## Kriminalpolizei

7.10.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP nehmen in einem Antrag ([17/15263](#)) Belastungssituation, Organisation und Strukturen bei der Kriminalpolizei in den Blick. Die nordrhein-westfälischen Polizistinnen und Polizisten leisteten „eine herausragende Arbeit“, schreiben die Fraktionen. Allerdings sei die Belastung insbesondere bei der Kripo hoch. Die Arbeit habe sich „deutlich erweitert und verändert“. Dies liege auch an der Digitalisierung: „So stellen neue Tatbegehungsformen, Kriminalitätssphänomene und Täterkommunikationswege sowie interne (Digitalisierungs-) Prozesse die Polizei vor immer neue Herausforderungen.“ Ermittlungen und Beweisführungen seien personell und zeitlich aufwendiger geworden. Die Landesregierung solle Forschungsaufträge zur Belastungssituation bei der Polizei vergeben. Zudem sollten jedes Jahr mindestens 10 Prozent der neuen Polizeikommissarinnen und -kommissare direkt nach dem Studium bei der Kriminalpolizei eingesetzt werden. Die Fraktionen regen weiter eine umfassende Werbekampagne an, „die gezielt spezialisierten Nachwuchs für den Bereich der Kriminalpolizei anspricht“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen. Dagegen stimmten die Grünen, SPD und AfD enthielten sich.

## Frauen in der Justiz

7.10.2021 – Um „Frauen in der Justiz in Nordrhein-Westfalen“ ging es in einer weiteren Großen Anfrage ([17/12868](#)) der Grünen-Fraktion. Der Frauenanteil habe sich „in den letzten Jah-

ren und Jahrzehnten deutlich erhöht“, schreiben die Grünen. Allerdings scheine dies „nach wie vor nicht oder nur sehr eingeschränkt für Frauen in Führungs- und Spitzenpositionen innerhalb der Justiz zu gelten“. Die Fraktion hatte u. a. nach Maßnahmen zur Frauenförderung gefragt. Weitere Fragen bezogen sich auf Frauen an Hochschulen, Frauen als Opfer von Straftaten sowie Frauen und Mädchen als Gefangene im Strafvollzug. „Die Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen ist in allen Arbeitsbereichen und Hierarchiestufen bestrebt, ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis herbeizuführen bzw. zu wahren“, heißt es in der rund 130 Seiten umfassenden Antwort ([17/13981](#), Neudruck) der Landesregierung: „In den Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, z. B. in Führungspositionen, sind generell – geschlechterübergreifend – Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf veranlasst.“

## Geschäftsordnung

7.10.2021 – Der Landtag hat eine von der AfD-Fraktion beantragte Änderung seiner Geschäftsordnung abgelehnt. Die Fraktion wollte zusätzlich zur Fragestunde im Plenum eine „Regierungsbefragung“ einführen ([17/5633](#), [17/15312](#)) und hatte u. a. das ihrer Ansicht nach bisherige „starre Format“ kritisiert: „Fragen an die Landesregierung müssen vorab eingereicht werden, und es besteht für die Mitglieder der Landesregierung auch nicht die Verpflichtung, an der Fragestunde teilzunehmen.“ Die Fragestunde sei nicht mehr zeitgemäß. Der Antrag habe das Ziel, „den Landtag in seiner Rolle als öffentliches Forum für die politische Willensbildung zu stärken und eine wirkungsvollere Kontrolle des Handelns der Landesregierung durch eine Änderung der Geschäftsordnung zu ermöglichen“.

## Holzverbrennung

7.10.2021 – Die Fraktion der AfD setzt sich für einen sofortigen Stopp aller landeseige-

nen Subventions- und Förderprogramme für holzbasierte Brennstoffe ein. In ihrem Antrag ([17/15256](#)) heißt es, dass nicht zuletzt aufgrund der Förderungen die Zahl der Pelletheizungen bundesweit in den vergangenen 15 Jahren auf mehr als 490.000 gestiegen sei. Forschungen zeigten aber, dass der Ersatz von Kohle durch Biomasse die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht verringere, sondern vielmehr sogar erhöhe. Zudem werde durch die Abholzung der Wälder die ökologische Waldpflege gefährdet. Holzkraftwerke stießen bis zu 60 Prozent mehr CO<sub>2</sub> aus als neue Steinkohlekraftwerke. Die Klassifizierung von holzbasierten Brennstoffen als „Erneuerbare Energie“ stehe den Klimazielen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalens entgegen. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

## Hochschule und Digitalisierung

7.10.2021 – Der Landtag hat das „Gesetz zum digitalen Fortschritt im Hochschulbereich angesichts der Erfahrungen aus der Coronapandemie sowie zum Hochschulbetrieb im Falle einer Epidemie oder einer Katastrophe“ verabschiedet. Der dazu von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf ([17/14963](#)) sieht vor, dass der „Lerngewinn im Bereich der Digitalisierung der Lehre und des Gremienbetriebs für das hochschulische Stammrecht gesichert“ werden solle. Gremien, die nach dem Hochschulgesetz nicht angehalten seien, öffentlich zu tagen, solle u. a. ermöglicht werden, digital zu tagen und Beschlüsse zu fassen. Um die Digitalisierung in der Lehre zu unterstützen, sollten Hochschulen die Möglichkeit erhalten, „verschiedene Lehrveranstaltungen – etwa große Vorlesungen mit hunderten von teilnehmenden Studierenden – künftig digital stattfinden zu lassen“. Für das Gesetz stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion.